

Nationale Energiewende mit globaler Perspektive Imperialistische Konkurrenz um den Weltmarkt für erneuerbare Energien

I. Deutschland plant eine Energiewende

Die Versorgung des nationalen Geschäfts mit der für jeden kapitalistischen Zweck aufbereiteten Energie ist ebenso wie die periodische Umwälzung dieser Versorgung ein dauerndes Anliegen der politischen Standortverwaltung. Deren Energiepolitik geht es darum, dem Kapitalstandort als elementare Konkurrenz- und Funktionsbedingung die *Ware Energie* in der benötigten Form und Quantität zu verschaffen, möglichst gemäß dem vierfachen Zweck: flächendeckend verfügbar, sicher unter nationaler Kontrolle, als Geschäftsartikel lohnend und zugleich preiswert. Aktuell besagt das: Der Maßstab für den Ausbau der Erneuerbaren Energien muss Planbarkeit und Kosteneffizienz sein, und er muss dafür sorgen, dass unsere Industrie im weltweiten Wettbewerb bestehen kann.(Regierungserklärung Merkel, 29.1.14) Wenn das Produkt am Standort weniger Probleme durch die Vergiftung von Natur und Mensch bereitet, also bei vernünftigen Preisen ökologisch akzeptabel ist, wird auch das gerne genommen.

Die neue deutsche Energiepolitik soll wegführen von brennbaren Bodenschätzen, jedenfalls von solchen, die auswärtiger Hoheit und der preistreibenden Zugriffskonkurrenz durch neu aufgestiegene kapitalistische Großmächte wie China mit seinem berüchtigten *Energiehunger* unterliegen. Zu den Ansprüchen einer führenden Weltwirtschaftsmacht passt es offenbar nicht gut, auf Energiequellen unter fremder Hoheit zugreifen zu müssen: Der Standort ist deren Preisentwicklung ohne entscheidenden Einfluss ausgesetzt, und seine nationale Verwaltung verfügt auch nicht über die hoheitlichen Mittel, die Versorgung gegen politische Gefährdungen sicherzustellen. Deshalb setzt Deutschland seine Energiewende ins Werk, tendenziell weg von der Kohlenstoffwirtschaft und hin zu einer Energieversorgung, die sich auf den Kredit und die technologischen Potenzen der deutschen Weltwirtschaftsmacht stützt und die langfristig die Energie, derer der Kapitalismus bedarf, als reproduzierbaren Geschäftsartikel verfügbar machen soll. Die Politik weist dem Gelingen der Umstellung höchste Priorität zu: Es geht um eine Überlebensfrage des Kapitalstandorts in der Weltkonkurrenz der Staaten.

Neue Energie für Deutschland und die Welt

1 Die Aufgabe verlangt eine *neue Energiebewirtschaftung* – längerfristig in allen kapitalistischen Nutzungssektoren, kurz- und mittelfristig in der Stromwirtschaft –, deren zentraler Roh- und Treibstoff nicht mehr fossile Energieträger, sondern *Technologien* sind, mit deren Hilfe sich die frei zugänglichen Energieressourcen Wind, Sonne, Bioenergie und die vergessene Energiequelle: Verbrauchseinsparung anzapfen lassen. Die neuen Quellen nationaler Energieversorgungssicherheit sollen künftig industriell herstellbar, also ganz das Warenprodukt einer technologisch führenden Weltwirtschaftsnation und ihrer Kapital- und Kreditmacht sein. Darin liegt zugleich der imperialistische Nutzwert der Energiewende für vorausschauend kalkulierende deutsche Standortpolitiker, die den deutschen Konkurrenzenerfolg in der globalen Reichtumskonkurrenz aus seiner unerträglichen fossilen Rohstoffabhängigkeit vom Ausland befreien wollen. Dabei steht in jedem Fall fest, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien dem harten Kriterium ihrer Tauglichkeit für das nationale Kapitalwachstum unterliegt. Daran haben sich die neuen technologischen Mittel zukünftiger nationaler Energieautonomie in jeder Hinsicht zu bewähren: Erstens sollen sie kostengünstig Strom liefern – nicht erst als Jahrhundertprojekt in ferner Zukunft, sondern so bald wie möglich und mit wachsenden Beiträgen zum Gesamtbedarf. Und zweitens müssen sich die neuen Energiewaren international vermarkten lassen, also zu einem weiteren deutschen Exportschlager werden (Regierungserklärung, ebd.), was die Ausstattungskosten für die heimische Versorgung senkt und den von der deutschen Exportnation erfolgreich besetzten Märkten neue Geschäftsbereiche der Energietechnik hinzufügt, auf denen sie sich als kommerzieller und technologischer Pionier lukrative Vorsprünge vor den Konkurrenten zu sichern hofft.

25 Zur Umstellung gehört, dass die regenerativen Energiequellen bis auf weiteres nicht wettbewerbsfähig sind. Die erneuerbaren Energien zum Rückgrat der deutschen Energieversorgung auszubauen, bedarf also des politisch organisierten **Aufbaus eines neuen Konkurrenzfeldes** für diesen Geschäftszweig und seiner gesetzgeberischen Unterstützung nebst einer langfristig angelegten milliardenschweren **Subventionierung** aus staatlich beschafften Geldern. Dabei handelt es sich im Übrigen um keine historische Neuheit. Die Politik hat die Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie bekanntlich mit viel Staatsgeld eingerichtet, einige Zeit lang für die Verbraucher gebührenpflichtig als öffentliche Daseinsvorsorge betrieben und nach dieser Vorleistung für die Infrastruktur des Standorts den Großteil der nationalen Stromversorgung als vielversprechendes Geschäftsfeld in die Hände großer Kapitalgesellschaften übergeben. Auch danach haben sich die zuständigen staatlichen Stellen stets politisch und finanziell um den Erfolg der privatisierten nationalen Energieversorgung bemüht: Mit Krediten und Steuervergünstigungen, mit der Entlastung in Risiko- und Entsorgungsfragen und der Beseitigung politischer Wider-

1 stände haben sie ihren privaten Energieriesen den Einstieg ins kapitalintensive
2 Atomgeschäft erleichtert, ihnen jahrzehntelang mit Milliardensubventionen billige
3 Stein- und Braunkohle verschafft und später ihren Aufwuchs zu marktbeherrschenden
4 Unternehmen zu Hause und in großen Teilen Europas wirtschaftspolitisch konstruktiv
5 begleitet. Gerade der internationale Erfolg der großen nationalen Champions hat den
6 widersprüchlichen Weg zwischen dem Interesse der Staatsmacht an Versorgungssicherheit
7 bei standortverträglichen Strompreisen einerseits und dem Geschäftsinteresse ihrer
8 kapitalstarken großen Versorger andererseits immer wieder gangbar gemacht.

10 Auch die laufende Energiewende kostet erst einmal und verteuert zunächst für den
11 energiepolitischen Vorreiter kurz- und mittelfristig die nationale Stromversorgung,
12 die gerade zu dem Zweck ihrer Sicherung und Verbilligung so radikal reformiert werden
13 soll. Die politisch Verantwortlichen lassen sich von solchen Widersprüchen nicht
14 aufhalten, sondern betreuen sie, den heute geltend gemachten Notwendigkeiten
15 entsprechend, in Form eines **Gesetzes über die erneuerbaren Energien (EEG)**:
16 Das garantiert in seiner ersten Auflage den neuen Stromproduzenten als Investitionsanreiz
17 eine für 20 Jahre *fixe Vergütung* für ihre Lieferungen, verfügt eine gesetzliche
18 *Pflicht der Netzbetreiber zur Netzanbindung* für die neu strömenden Energiequellen
19 und spricht ihrem Produkt gegenüber den alten Energieträgern den *Vorrang bei der Einspeisung*
20 in die Stromnetze zu. Und der Gesetzgeber ernannt darüber hinaus – ohne sich selbst
21 vorzudrängen – einen potenten Sponsor für die Förderkosten des vorerst teurer
22 produzierten Stroms: Den Übertragungsnetzbetreibern, die den Ökostromlieferanten
23 die angelieferte Ware vergüten und sie an der Strombörse weiter vermarkten,
24 wird erlaubt, die Differenz zwischen dem erzielbaren Marktpreis der Energie
25 und der höheren Garantievergütung als *EEG-Umlage* auf den Strompreis des
26 Letztverbrauchers abzuwälzen. Dabei achtet das Gesetz strikt auf die Vermeidung
27 unangemessener Gleichmacherei zwischen den Letztverbrauchern: Solche, die ihren
28 Strom produktiv, also zum Zweck der gewerblichen Gewinnerzielung beim Betrieb
29 stromintensiver Industrien verbrauchen, werden wegen dieser gemeinwohldienlichen
30 Bemühungen großzügig von der Umlage befreit, um ihnen gegenüber der europäischen
31 und globalen Konkurrenz zusätzlich zu ihrer produktiven Schlagkraft den Vorteil
32 geringer Energiekosten zu verschaffen oder zu erhalten. Bei denen, die die Umlage
33 bezahlen – in der Masse die privaten Haushalte, aber eben auch die nicht befreiten
34 Kapitale – wird eine entsprechende Elastizität ihrer Zahlungskraft unterstellt,
35 die sie zugunsten der großen Gemeinschaftsaufgabe Energiewende entsprechend
36 umzusortieren haben.

37 Darüber hinaus sorgt das EEG dafür, dass das gesamte technische Spektrum der
38 Erzeugung erneuerbarer Energie – von allen Sorten der Wasserkraft, Solar- und
39 Windenergie bis zum Biogas aus Haus- und Agrarabfällen – in Form abgestufter Ver-

1 gütungen mit Förderung bedacht wird, um die Entwicklung aller verwertbaren Tech-
2 nik auf dem Standort anzureizen. So soll ein diversifizierter regenerativer Energie-
3 Mix ins Werk gesetzt werden.

4 Diese Fördermechanik zusammen mit der kostengünstigen Kreditfinanzierung der
5 neuen Energiequellen durch die größte nationale Förderbank der Welt mit ihrer erst-
6 klassigen Bonität, die staatseigene KfW, die bis 2020 100 Mrd. in die Nutzung der
7 erneuerbaren Energien stecken will, sorgt für das attraktive Rendite-Risikoprofil, das
8 kleine und große kapitalistische Geldanleger für ein massenhaftes Investment in
9 Deutschlands neue Energiebewirtschaftung brauchen. Darüber soll der Aufwuchs
10 einer neuen technologisch dominanten Energieindustrie zustande kommen. Die hat
11 nicht nur die Ware für eine sichere Bedienung des Strombedarfs zu Hause zu liefern,
12 sondern auch den staatlich herbei gehobelten deutschen und europäischen Markt für
13 erneuerbare Energien als Mittel und Basis ihrer Weltmarkteroberung zu nutzen, da-
14 mit aus dem Konkurrenznachteil, der zunächst mit den Kosten des Projekts verbun-
15 den ist, ein dauerhafter Vorteil des Exportgroßmeisters auf dem künftigen Wachs-
16 tumsmarkt für saubere Energietechnik werden kann.

17 Nach Fukushima verordnet die deutsche Standortpolitik ihrem energieimperialis-
18 tischen Programm eine Beschleunigung und setzt es durch den politisch beschlosse-
19 nen „**Atomausstieg**“ unter einen verwegenen *Erfolgszwang*. Das katastrophenträchtige
20 Restrisiko, das die deutsche Energiepolitik mit der Atomkraftnutzung ihrem
21 Standort und seinen Insassen im Dienste einer sicheren und kostengünstigen
22 Stromversorgung bislang zugemutet hat, erfährt eine grundsätzliche Neubewer-
23 tung: Es gibt kein weiteres vergleichbares Land auf dieser Welt, das eine solch radika-
24 le Veränderung seiner Energieversorgung anpackt (Regierungserklärung, ebd.) – und
25 im selben Zug zu dem Urteil kommt, dass es politisch zu verantworten ist, der Kapi-
26 talstandort es sich also leisten können muss, sein strahlendes Standortrisiko mittel-
27 fristig loszuwerden und daraus sogar Vorteile zu schlagen: Wenn diese Energiewende
28 einem Land gelingen kann, dann ist das Deutschland (ebd.). Mit beachtlichem
29 Selbstbewusstsein setzt die politische Führung auf die neue Technik und das Auslau-
30 fen der nuklearen Stromerzeugung, weil sie den Potenzen der nationalen Ökonomie
31 zutraut, auf Basis der Erfahrungen mit der schon seit einem Jahrzehnt laufenden
32 Energiewende eine überlegene Alternative zur Atomkraft ins Werk setzen zu können.
33 Mit dem Verzicht auf die Nutzung der Risikotechnologie bei der Herstellung nationa-
34 ler Energieautonomie erklärt die energiepolitische Neuorientierung es gleichsam zum
35 Sachzwang, dass neben fossiler Brückentechnologie vor allem die erneuerbaren
36 Energien und ihr beschleunigter Ausbau entlang des Ausstiegspfad für den techni-
37 schen und wissenschaftlichen Ersatz des abgeschalteten Atomstroms zu sorgen ha-
38 ben.

1 **Die deutsche Energiewende muss das Weltklima retten**

2 Für die Stiftung eines *internationalen Umfeldes*, auf dem sich die Potenzen des deut-
3 schen Fortschritts bei der Entwicklung weltmarktgängiger Energietechnologie entfalten
4 können, haben sich deutsche Energiepolitiker bekanntlich zu diplomatischen
5 Vorreitern eines ambitionierten internationalen Klimaschutzes ausgerufen: Deutschlands
6 Bemühungen um seine Energiewende finden zeitgleich mit weltweiten Bestrebungen
7 der kapitalistischen Großmächte statt, die danach trachten – zumal nach der
8 kriegerischen Neuordnung des Broader Middle East durch die USA –, ihre Abhängigkeit
9 von den Preisen und der Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe mittels des vermehrten
10 Einsatzes regenerativer Energien zu reduzieren.

11 Daraus versucht Deutschland auf diplomatischem Wege eine unumkehrbare Tendenz
12 mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit zu machen, unabhängig von jederzeit widerruflichen
13 politischen Kalkulationen. Die deutschen Bemühungen um nationale Versorgungssicherheit
14 und um eine vorteilhafte Konkurrenzlage beim Geschäft mit den Erneuerbaren auf dem
15 Weltmarkt gehen dann auch nicht ohne höchstwertige Beschwörungen ab: Das Weltklima
16 im Allgemeinen und zivilisierte Küstenstreifen nebst exotischen Atollen im Besonderen
17 müssten durch CO₂-senkende Energietechnik vor Schäden durch drohende Überhitzung
18 gerettet werden, die Treibhausgase unverantwortlicher Emittenten seien zu ächten – und
19 das alles möglichst weltweit und schnellstens. So soll die von Deutschland angeheizte
20 neue Energiekonkurrenz unter verlässlichen Bedingungen und Regeln gesetzt und für
21 Nachfolger und Nachahmer des deutschen Energiewegs gesorgt werden, weshalb an
22 allen diplomatischen Börsen der Weltpolitik – mit und ohne UNO, in Kyoto und anderswo
23 – Pläne zur CO₂-Emissionsreduktion verhandelt werden. Auf die Vereinbarkeit der
24 eingesetzten Instrumente mit ehernen kapitalistischen Grundsätzen wird dabei
25 durchaus geachtet, wie schon die Idee zeigt, das Recht zur Verschmutzung der
26 Atmosphäre zu einer kostenpflichtigen, börsengängigen Ware, den Ausstoß von
27 CO₂ also durch den nötigen Zukauf von Verschmutzungsrechten möglichst zu einem
28 schlechten, seine Vermeidung durch Übergang zur Technologie der Regenerativen
29 hingegen zu einem guten Geschäft zu machen. So sollen Klimaschutz und Umrüstung
30 auf CO₂-arme Energiequellen zu einer unausweichlichen marktwirtschaftlichen,
31 also kreuzvernünftigen Notwendigkeit werden.

32 Deutschlands spekulative Rechnung mit diesem großen Konkurrenzprojekt setzt
33 also darauf, dass tatsächlich auf Weltniveau ein auszunutzendes Bedürfnis nach
34 Ökostrom aus allen möglichen regenerativen Quellen zustande kommt, sich deswegen
35 auch die aufsteigenden und schon mächtigen Wirtschaftskonkurrenten aus *ihren*
36 Berechnungen auf den Weg der energietechnischen Umrüstung mitnehmen lassen:
37 Das soll Deutschland die Gelegenheit verschaffen, seine Energiewende –
38

1 wie von der Kanzlerin ausdrücklich zum Regierungsziel erklärt – zum Exportschlager
2 auszubauen, den globalen Markt der technischen Energieerzeugung zu seiner Berei-
3 cherungsquelle zu machen und damit die Kosten der nationalen Pionierleistungen
4 tragbar zu halten. Der deutsche Weltmarkterfolg macht sich insoweit davon abhän-
5 gig, dass die fossilen Energieträger wirklich – nicht nur für das weltweit erste Ener-
6 giewendeland, sondern auch für die wichtigen Konkurrenten – immer teurer und
7 weniger verfügbar werden; und dass der imperialistischen Weltgemeinde der feindli-
8 chen Brüder deswegen ein gemeinsamer Übergang zu einer Konkurrenz mit erneuer-
9 baren Energiequellen ratsam und die Anerkennung eines internationalen Hand-
10 lungsbedarfes in Fragen des Klimaschutzes nicht mehr abwegig erscheint, sondern
11 als neuer Weg einleuchtet, zugleich gute Geschäfte zu machen und internationale
12 „Führung“ auf einem wichtigen strategischen Feld der kapitalistischen Weltökonomie
13 auszuüben.

14 **II. Die Umsetzung in Deutschland und Europa**

15 **Mit teurem Schmutz zu sauberen Renditen – kann ja nicht im-** 16 **mer alles gleich klappen ...**

17 Die Umsetzung der Energiewende in Deutschland und Europa geht allerdings nicht
18 ohne gewisse systemgemäße Friktionen ab. Der europäische **Handel mit CO2-**
19 **Zertifikaten** sollte neben dem praktisch weitgehend belanglosen Handel mit Ver-
20 schmutzungsrechten zwischen *Staaten* auf Basis des UN-Kyoto-Protokolls seit 2005
21 ein beispielhaftes Handelssystem für *Unternehmen* innerhalb der EU stiften: Weil
22 damit das handelbare Recht zur Verschmutzung einen kostentreibenden Börsenpreis
23 bekam, sollte mit der Aussicht auf Kostenvermeidung durch saubere Produktion, ja
24 sogar auf ein Zusatzgeschäft durch den Verkauf nicht mehr benötigter Verschmut-
25 zungsrechte, der Übergang zu erneuerbaren Energiequellen marktwirtschaftlich an-
26 gereizt werden. Dafür wurden von Seiten der Vertragsstaaten Verschmutzungsrechte
27 per Auktion über die Strombörsen in Leipzig und London in Umlauf gebracht, und
28 das nicht zu knapp, weil die staatlichen Emittenten bei aller politischen Verteue-
29 rungsabsicht gegenüber den „stromintensiven“ Industrien dann doch wieder viel
30 Rücksicht walten ließen. Dazu passt auch die Möglichkeit für die Verschmutzer, sich
31 durch allerlei kompensatorische Umweltaktivitäten – ein paar Bäume pflanzen in
32 Afrika oder irgendetwas ökologisch Faires in Südamerika – Zertifikate zu beschaffen.
33 Die staatlichen Emittenten rechneten zu Beginn mit einem wachsenden Bedarf von
34 plus 1,5 % pro Jahr ihrer beim Wachsen besonders stark schmutzenden Kapitalisten
35 – und erleben nun schon seit längerem, dass neben anderen „Konstruktionsfehlern“
36 des CO₂-Handels insbesondere der krisenbedingte Einbruch des Kapitalwachstums
37 und der durch den Aufschwung der Erneuerbaren verringerte Bedarf an Zertifikaten

1 in Europa die Verschmutzungspreise so niedrig hält, dass sie als möglichst zu ver-
2 meidende Kostenbelastung für „CO₂-intensive Betriebe“ nicht mehr ins Gewicht fal-
3 len. Statt Knappheit besteht bis 2020 ein Überangebot im europäischen Handelssys-
4 tem, weshalb in den letzten drei Jahren die Preise um 80 % gesunken und vorgesehe-
5 ne Auktionen mangels Nachfrage ausgefallen sind. Große CO₂-Emittenten wie Braun-
6 kohlekraftwerke deckten sich auf dieser Grundlage im In- und Ausland billig ein,
7 kennen keinen Kostendruck mehr von dieser Seite, keinen Anreiz für den Übergang
8 zu erneuerbaren Energien und verdrängen teurere Gaskraftwerke vom Markt, die
9 gerade als flexibel verfügbare Ergänzung zu den regenerativen Stromquellen er-
10 wünscht wären. Die neue Bundesregierung will zusammen mit den
11 drei wirtschaftsstärksten EU-Ländern den Emissionshandel reformieren (SZ,
12 9.1.14) und zwecks Verknappung Zertifikate aus dem Handel nehmen: Wenn die EU
13 eine führende Rolle spielen will bei dem im nächsten Jahr zur Verhandlung anste-
14 henden neuen globalen Klimaabkommen, muss sie eine klare ... Position zur heimi-
15 schen Emissionsminderung bis 2030 haben, ganz abgesehen davon, dass nur
16 so Dutzende von Milliarden an Investitionen in Klimaschutz ausgelöst würden. (SZ,
17 ebd.)

18 Für eine Verknappung und Verteuerung der Emissionsrechte bräuchte es eine po-
19 litische Einigung der EU-Regierungen, die von den osteuropäischen Unionsmitglie-
20 dern und England derzeit nicht zu haben ist. Die setzen auf eigene Kohle, Kernkraft
21 und künftiges Fracking und lassen sich nicht von Deutschland in eine anspruchsvolle
22 nationale und europäische Klimastrategie einbetten(Regierungserklärung, ebd.).
23 Auch Deutschland hat bisweilen nationale Gründe, bei der CO₂-Reduktion nicht allzu
24 zielstrebig zu sein: Die Kanzlerin nimmt lieber mehr CO₂ in Kauf, als deutschen Au-
25 toproduzenten der Premium-Klasse eine allzu schnelle und kostspielige Schad-
26 stoffsenkung zuzumuten. Überhaupt steigt in der Energiewende-Republik Deutsch-
27 land der Anteil der „schmutzigen“, aber grundlastfähigen Braunkohlekraftwerke an
28 der Stromerzeugung und nimmt der Ausstoß von CO₂ seit zwei Jahren wieder
29 zu, trotz des rasanten Ausbaus von Solar- und Windenergie (eine Expertin des DIW
30 in der SZ, 8.1.14). Deswegen muss sich Deutschland von den renitenten Polen sagen
31 lassen, es *„emittiere viel mehr CO₂ als Polen und baue derzeit neue Kohlekraftwerke
32 mit 9000 Megawatt Kapazität, einem Vielfachen also“* verglichen mit Polen, dessen
33 energiepolitische Zukunft in der Braun- und Steinkohle und ebenso im Schiefer-
34 gas liege. (SZ, 31.1.14)

35 Die Frau vom DIW hält das für paradox, und die SZ findet, die grünen Milliarden-
36 ausgabenwürden mit dem Ausbau des Kohlestroms weitgehend verpuffen. Doch das
37 tun sie nur, wenn man CO₂-Senkung für den ganzen Zweck der Veranstaltung hält.
38 Der neue Minister Gabriel weiß, dass das zwar für Deutschlands internationale

1 Klimapolitik ein Glaubwürdigkeitsproblem darstellt, aber eben nicht alles ist: Man
2 kann nicht zeitgleich aus Atom und Kohle aussteigen (SZ, ebd.).

3 **Die erneuerbaren Energien kommen dennoch aus der Nische –** 4 **die „Stromriesen“ leiden**

5 Immerhin kommt bei alledem auch der Ausbau der erneuerbaren Energien voran
6 und hat inzwischen dank der Förderung durch die EEG-Umlage einen Anteil von ca.
7 25 % der Stromversorgung erreicht. Bis dahin war es sinnvoll, sie (die Erneuerbaren)
8 durch die Umweltpolitik zu fördern, erklärt die Kanzlerin, und nachdem sie nun mit
9 ihrem gewichtigen Anteil an der nationalen Versorgung ihr Nischendasein verlas-
10 sen haben, müssen sie als zunehmend tragende Säule der Stromerzeugung in den
11 Gesamtenergiemarkt integriert werden. (Regierungserklärung, ebd.) Freilich: Weder
12 die staatliche Förderung ihrer neuen Konkurrenten noch deren politisch betriebe-
13 ne Integration in den Markt haben sich die auf diesem Feld engagierten Großunter-
14 nehmen bestellt; die Energiewende hat dann auch diesen ehemals so ertragreichen
15 Markt zum Reparaturbetrieb gemacht. (FAZ, 12.4.13)

16 Auf dem ging es lange Zeit eher monopolistisch-gemütlich zu, weil sich den deut-
17 schen Markt, abgesehen von etlichen tapferen Stadtwerken, vier handgezählte Groß-
18 versorger – EON, RWE, Vattenfall, EnBW – zu ca. 80 % untereinander aufgeteilt und
19 sich darüber hinaus im Zug der im vergangenen Jahrzehnt von der EU betriebenen
20 Strommarktliberalisierung (FAZ, ebd.) große Teile des national segmentierten euro-
21 päischen Energiemarktes gekrallt hatten.^[1] Zugleich drängte vor allem die EU-
22 Kommission darauf, zumindest die Übertragungsnetze aus der Verfügung der Mono-
23 polisten herauszulösen und für *freien Netzzugang* aller fossilen und regenerativen
24 Erzeuger auf einem noch in der Zukunft liegenden, technisch verbundenen europäi-
25 schen Strombinnenmarkt zu sorgen. Mit schwankender Unterstützung der Länder,
26 die zwar die Anhebung der Strompreise – zwischen 2000 und 2007 ca. 50 Prozent –
27 durch die Gebietsmonopolisten bremsen, aber ihren Energie-Champions nicht scha-
28 den wollten, hat es die Kommission nach und nach hinbekommen, ihre Konkurrenz-
29 förderungspolitik durchzusetzen: Zuerst die organisatorische Verselbstständigung,
30 dann – jedenfalls in den Fällen EON, RWE und Vattenfall – den Verkauf der Höchst-
31 spannungs-Leitungsnetze an andere Netzbetreiber und Investoren.^[2] Mit diesem Ein-
32 bruch der Konkurrenz in ihre Welt des Gewinnemachens mit neuen und längst abge-
33 schriebenen Reaktoren und Kohlekraftwerken, mit den diversen Strombörsen,^[3] an
34 denen ca. 30 % des Stroms gehandelt werden, und dem friedlich-schiedlichen Wett-
35 bewerb, den sie sich außerbörslich bei ihrer Kundschaft lieferten, konnten die Erzeu-
36 ger nicht nur gut leben: Sie sahen noch bessere Zeiten heraufziehen und spekulierten
37 auf die kommende Energiewende in Deutschland und Europa mit Rekordinvestitio-

1 nen in den Bau effizienterer Kohle- und Gaskraftwerke. Sie sollten das Sicherheits-
2 netz für den witterungsabhängigen regenerativen Strom bilden. Das kleinteilige Ge-
3 schäft mit Land-Windrädern und Solarmodulen spielte im Kalkül ... lange eine Ne-
4 benrolle. Aber die Rechnung ging nicht auf...Einerseits sank der Strombedarf seit
5 dem Beginn der Krise ab 2007 beachtlich – die Investitionsentscheidungen lagen
6 noch vor der Finanzkrise (RWE-Chef P. Terium, FAZ, 29.1.14) –, in Deutschland, das
7 kommt hinzu, lastet jetzt der stark anschwellende Solar- und Windstrom auf den
8 Großhandelspreisen für Strom (FAZ, 12.4.13), weil es wegen der großen Zusatzpro-
9 duktion aus regenerativen Quellen ein Überangebot an elektrischer Energie gibt. Die
10 gelangt durch Anschlusszwang und Einspeisevorrang des EEG bevorzugt ins Netz,
11 weshalb das Angebot der Großversorger bei *gesunkenen Preisen* auch nur mehr eine
12 schon krisenbedingt gesunkene, nun noch einmal durch die Konkurrenz der Erneuer-
13 baren *verringerte Nachfrage* bedienen kann. Auf dem herrschenden Preisniveau
14 und bei einem Teilzeitbetrieb nur als Ergänzung des schwankenden Sonnen- und
15 Windstrom-Angebotes sind die als Ersatz für die stillgelegten Kernkraftwerke vorge-
16 sehenen modernen Gaskraftwerke nach Auskunft der Betreiber nicht mehr rentabel;
17 und die eigentlich als Domäne der Großversorger gedachten, kapitalaufwendigen *Off-*
18 *Shore-Windparks*.^[4] bieten wegen der damit verbundenen Risiken beim Netzan-
19 schluss bislang (noch) kein wirkliches Ersatzgeschäft. Aufgrund zögerlicher Kapital-
20 beschaffung auch bei den Netzbetreibern und politischer wie rechtlicher Durchset-
21 zungsprobleme beim Trassenbau nach Süden erfolgt der Anschluss von Windparks
22 teilweise mit jahrelangen Verzögerungen. Zufriedenstellende Einkünfte erwirtschaften
23 die Stromfirmen, wie die Wirtschaftspresse mitfühlend berichtet, nur mehr beim
24 Braunkohlestrom, der vom Verfall bei den Emissionszertifikaten profitiert, mit der
25 Folge des Größten Anzunehmenden Unfalls für die Unternehmensbilanz: Die Erträge
26 reichen nicht mehr, um unsere Schulden zu bedienen. (P. Terium, RWE, FAZ,
27 29.1.14)

28 So ist der Börsenwert der beiden größten Stromversorger EON und RWE seit 2007
29 um zwei Drittel gefallen, die Geschäftsmodelle sind nachhaltig beschädigt und in gro-
30 ßen Deinvestmentprogrammen zur Erhaltung der finanziellen Beweglich-
31 keit werden Sachkosten und Arbeitsplätze abgebaut, Budgets für Großkraftwerke ge-
32 strichen ... Tochtergesellschaften und Beteiligungen verkauft. (FAZ, 12.4.13)

33 **Harmonischer Wildwuchs bei der neuen Energie – etwas teuer** 34 **auf die Dauer**

35 Die im Zuge der Energiewende politisch neu inszenierte Konkurrenz
36 am Gesamtenergiemarkt, in den die Erneuerbaren mittels der Bestimmungen des
37 EEG und seiner laufenden Novellierungen zu Lasten der alten Marktma-

1 cher integriert werden, ändert also für die bisherigen deutschen Energieriesen und
2 ihr Geschäft – vom professionell dramatisierenden Gejammer um mehr Rücksicht-
3 nahme und politische Förderung kämpfender Unternehmer abgesehen – durchaus
4 Einiges zum kapitalistisch Schlechten.

5 *Dass* die neue Energiepolitik die Beschädigung der in Deutschland und Europa
6 überragenden Marktstellung führender nationaler Großkapitale bis hin zur mögli-
7 chen Gefährdung ihres Bestandes in einer fundamental wichtigen Geschäftssphäre in
8 Kauf nimmt, erhellt den strategischen Rang des politischen Vorhabens und das impe-
9 rialistisch vorwärtsdenkende Abenteuerertum, mit dem die Führer der Nation die glo-
10 bale Konkurrenz um die unschlagbar rentable Versorgungssicherheit der Exportnati-
11 on aufnehmen und dafür auch bereit sind, Opfer von gewichtigen Kapitalfraktionen
12 zu verlangen, denen sonst und schon so lange ihr ganzes förderndes Bemühen
13 gilt. *Wie* die deutsche Politik ihre Energiewende ins Werk setzt, zeigt, dass das Dog-
14 ma, der imperialistische Fortschritt bei der Sicherheit der nationalen Energieversor-
15 gung müsse unter allen Umständen als lohnendes privates Geschäft auf Weltniveau
16 gelingen, jede Menge *kapitalistische Planwirtschaft* und die Betreuung der durch sie
17 erzeugten Friktionen viel staatlichen *Finanzierungsbedarf* nötig macht: In der Regie-
18 rungserklärung vom 29.1.14 ist die Kanzlerin ausdrücklich überzeugt, dass sie uns
19 gelingt, die Energiewende. Gleich für die nächsten paar Jahrzehnte verspricht sie,
20 dass wir ganz harmonisch das Ausbauziel von 80 Prozent erreichen (können), und
21 geht einfach von Planbarkeit, Kosteneffizienz und Marktfähigkeit unserer neuen
22 deutschen Exportschlager aus, während der RWE-Chef sich über den schon realisiert-
23 ten Teil dieser Planung der neuen Energiekonkurrenz beschwert: Das Ausbautempo
24 beim erneuerbaren Strom hat alle überrascht. Wir werden immer öfter aus dem
25 Markt gedrängt. Der Zuwachs bei Solarenergie-Anlagen übertrifft die Pläne um sage
26 und schreibe 500 Prozent ... Selbst die Politik wird davon überrollt. (P. Terium, FAZ,
27 29.1.14)

28 So zeigen sich die Tücken marktwirtschaftlicher Planung:

- 29 • Kaum bietet man großen und kleinen Spekulanten ein todsicheres Geschäft mit
30 relativ geringem Kapitaleinsatz und gesetzlich vom EEG für 20 Jahre garantierten
31 Erlösen an, fangen sie damit an, was auch Sinn des Angebotes war: wie wild Solar-
32 anlagen zu bauen und die Landschaft mit Windrädern vollzustellen, also mittels
33 Stromerzeugung durch Photovoltaik und dezentrale Windstromanlagen langfristig
34 sichere Renditen zu erzielen. Das sollte ja auch der EEG-Weg zur Energiewende
35 sein. Wenn die Politik also überrollt wird, dann vom *Erfolg* ihrer Pläne. Die schlie-
36 ßen offenkundig auch, falls nötig, die teilweise Verdrängung alter Anbieter ein,
37 ebenso wie die konsequent einsinnige Orientierung des Ausbaugeschäftes der Er-
38 neuerbaren ausschließlich am rentierlichen Verhältnis von Kapitalaufwand und ga-

1 rantierten Erlösen. Und weil konsequent und unerbittlich am Prinzip festgehalten
2 wird, dass alles eingespeist wird, was sich auf Grundlage der EEG-Förderung lohnt,
3 entwickelt sich je nach den Kalkulationen der Investoren ein spekulativer Wild-
4 wuchs mit ziemlich unkoordinierter Verteilung der neuen Kapazitäten bei Sonnen-
5 strom, Binnenwindparks oder kleineren Biogasanlagen.

6 • Was diese politisch angestoßene Entwicklung mit sich bringt, ist zum einen der
7 darin enthaltene *mengenmäßige Zuwachs* an förderungswürdiger neuer Strompro-
8 duktion aus regenerativen Quellen, zum anderen aber und vor allem ein gewaltiges
9 Anwachsen der **Förderkosten**: Das Überangebot senkt die Börsenpreise auf im-
10 mer neue Tiefststände und treibt die Ansprüche auf EEG-Förderung in immer neue
11 Höhen. Das Erstere macht den Betrieben am Standort, soweit sie von der EEG-
12 Umlage befreit sind und das verbilligte Stromangebot an den Spotmärkten ausnüt-
13 zen können, als verbesserte Konkurrenzbedingung viel Freude. Für die Zahler dage-
14 gen steigt die Umlage mit diesem schönen Erfolg immer weiter, weil sie die wach-
15 sende Lücke zwischen Börsenpreis, von dessen Sinken sie gar nichts haben, und ga-
16 rantierter Einspeisevergütung abzudecken haben. Die von Seiten der EU-
17 Kommission gerügte Kollision des Verfahrens mit der europäischen Wettbewerbs-
18 ordnung, wonach die Befreiung wichtiger und weniger wichtiger deutscher Firmen
19 von der EEG-Umlage eine verbotene Subvention darstelle, wird zunächst abge-
20 schmettert – mit dem gelungenen Hinweis des neuen Ministers Gabriel, die Kom-
21 mission habe sich nicht einzumischen, wo es um nationale Energiepolitik und nicht
22 um Wettbewerbsfrage gehe. Dennoch wird vom neuen Energiewende-Minister
23 aus *nationalen* Gründen angekündigt, die Umlagebefreiungen zurückzufahren. Der
24 anhaltende Anstieg des Strompreises für die Haushalte ^[5] und die nicht befreite In-
25 dustrie soll sich nicht zu einem *generellen* Standortnachteil entwickeln und ge-
26 bremsst werden. Dafür wird einem Teil der bislang befreiten Betriebe ein Konkur-
27 renznachteil durch Rücknahme der Entlastung zugemutet, um mehr Zahler für die
28 steigende Umlage zu rekrutieren, der EU keinen weiteren Anlass zu Einwänden ge-
29 gen das EEG zu geben und die Umlagebefreiungen zu erhalten, die für die Konkur-
30 renzposition der betroffenen energieintensiven Industrien wirklich wichtig
31 sind.^[6] Aus Kreisen der Industrie sind allerdings schon im Vorfeld ernste Warnun-
32 gen vor einer zu weitgehenden Einschränkung der Befreiungen zu vernehmen, wer-
33 den öffentlich Rechnungen über Hunderttausende gefährdeter Jobs (n-tv,
34 2.2.14) angestellt, wird gemutmaßt, ab wann in welchen Branchen eine Auswande-
35 rung an billigere Energiestandorte unumgänglich und eine Deindustrialisierung
36 Deutschlands durch zu hohe Energiekosten zur realen Gefahr wird. Tenor:
37 Die geltenden Stromkostenerleichterungen für energieintensive Unternehmen seien
38 eine existentielle Voraussetzung für deren Arbeit in Deutschland. (BDI-Chef Grillo,
39 n-tv, ebd.)

1 • Gewisse **technische Eigenheiten** des Bio-Stroms belasten zusätzlich die Harmonie bei der Erreichung des Ausbauziels. Sein Aufkommen hängt ja ab von meteorologischen Gegebenheiten wie Sonneneinstrahlung und Windstärken, unterliegt damit Schwankungen, die sich durch noch so viel Ingenieurskunst nicht aus der Welt schaffen lassen und zur Sicherstellung der Versorgung *zusätzlichen Aufwand* erfordern. Eine auf den Verbrauch abgestimmte Einspeisung des Stroms in die Netze will geregelt sein, wozu Kraftwerksreserven vorzuhalten sind, um im Bedarfsfall Energie zuschalten zu können. Das ist kostspielig, so dass zwangsläufig die Frage nach der Speicherung der Energie aufkommt. Pumpspeicherkraftwerke auf Bergen und in alten Kohleschächten oder große Methantanks dort, wo bayerische Kuhscheiße und niedersächsische Jauche in Biogas und dann in den förderungswürdigen Aggregatzustand fließenden Biostroms verwandelt werden soll, kosten freilich auch. Erst recht teuer sind die Höchstspannungsleitungen, mit denen der Strom von seinen Produktionsorten oder Speicherstätten zu seinen Verbrauchszentren gelangen soll. So übersetzen sich alle technischen Probleme, die erneuerbaren Energien versorgungssicher zu machen, in Kostenprobleme, die von Staats wegen in den Griff zu bekommen sind. Da der beträchtliche Geld- bzw. Investitionsbedarf, der hier ins Haus steht, sich in der bewährten staatlichen Förderungslogik nicht gut unterbringen lässt, münden die Kostenprobleme von selbst in das Problem, wie bestehende Förderungsmaßnahmen so zu modifizieren sind, dass sie zum gewünschten Ergebnis führen. Dazu addiert sich die Schönheit, dass das Land, das derart seine Energiewende voranbringt, eine Republik von Bundesländern ist, in denen sich verantwortungsvolle Landes- und Regionalpolitiker für ihre energiewirtschaftlich tätigen Landeskinder ins Zeug zu legen pflegen. Das sorgt dafür, dass alles, was da zur weiteren harmonischen Vollendung des Ausbauziels auf den Weg gebracht werden soll, auch noch zum Streitgegenstand zwischen den Bundesländern wird. Die sehen beim Bemühen, Stromgewinnung aus Wind und Sonne versorgungssicher zu machen, Kosten auf sich zukommen, die sich für sie nicht lohnen, befürchten anderweitig Nachteile bei der Bewirtschaftung ihres landeseigenen Energiesektors, finden sich durch die staatliche Förderungs politik viel zu schlecht bedient im Vergleich zu Nachbarn, denen es viel zu gut geht – und tragen derart energiepolitische Streitfragen als Standortpolitik gegeneinander wie gegen die politische Zentrale in Berlin aus.

34 **Vom Wildwuchs der Interessen zu ihrer marktkonformen Steuerung** 35 **– durch die Reform des EEG weniger Geld anders verteilen**

36 Während die Interessenten für möglichst viel Förderung agitieren, die Kanzlerin die
37 Marktintegration der Erneuerbaren ankündigt und auch der Ex-Kanzler Schröder

1 von der Seitenlinie aus deren Bewährung am Markt und die Vermeidung
2 von Dauersubventionen fordert, orientieren sich die Bemühungen der neuen Bundes-
3 regierung praktisch an der Bewältigung der widerspruchreichen Aufgabe, durch
4 ständige Korrekturen am Fördersystem die auf Rendite scharfen Investoren nicht zu
5 frustrieren, die Schadensfolgen sparsamerer Subventionierung abzuschätzen, das
6 alles in einer überschaubaren staatlichen Entwicklungsplanung für die nationale
7 Energiewende zu verstauen – und bei alledem *den* entscheidenden Hebel für die poli-
8 tische Betreuung des privaten Geschäfts, die staatlichen und privaten Fördermilliar-
9 den, finanz- und standortpolitisch verträglich auszugestalten. So besteht die politi-
10 sche Planungstätigkeit für den neuen Energiestandort in förderungstechnischen *Re-*
11 *aktionen* auf die Geschäftsentwicklung am politisch organisierten Markt und den
12 entsprechenden Versuchen, dem Gewinninteresse der Investoren zielführen-
13 *de leitende Vorgaben* zu machen:

- 14 • Wenn die Industrie, um der Umlage von vorneherein zu entgehen, sich immer mehr
15 betriebseigene Kraftwerke baut, und das in einem Umfang, dass inzwischen 25 Pro-
16 zent der Stromerzeugung auf die Eigenerzeugung entfallen, so dass die EEG-
17 Umlage von immer weniger Endverbrauchern zu zahlen ist, dann soll künftig die
18 Eigenstromerzeugung zu einem Teil mit der EEG-Umlage belastet werden, was ein
19 CSU-Kollege des verantwortlichen Ministers für Irrsinn, die Industrie für einen Ver-
20 stoß gegen das Menschenrecht auf Vertrauensschutz für betriebliche Profitrechnun-
21 gen hält.
- 22 • Für manche Produzenten werden Vergütungssätze geändert, um „Steuerungseffek-
23 te“ zwischen den verschiedenen Technologien und Kostenentlastungen zu bewirken.
- 24 • In anderen Fällen soll, statt zu fördern, was zugebaut wird, in Zukunft die Förde-
25 rung fix sein und von den Firmen im Zug eines Vergabeverfahrens entschieden wer-
26 den, welche Ökostromkapazitäten sie mit gegebener Förderung realisieren wollen.
- 27 • Oder die Vergütung soll sinken, wenn die Ziele staatli-
28 cher Mengensteuerung überschritten werden – ein atmender Deckel für Gab-
29 riels EEG 2.0 (t-online, 18.1.14). Den und nicht die staatliche Förderung – wie über-
30 haupt jede Mengensteuerung, die seine nordischen Windräder am staatlich geför-
31 derten marktwirtschaftlichen Wachsen hindern könnte – hält wiederum der regie-
32 rende SPD-Mann in Schleswig-Holstein für Planwirtschaft, die schon im Sozialis-
33 mus nicht funktioniert hat (SZ, 24.1.14).
- 34 • Vorgeschlagen wird, nicht mehr die Netze dem Zubau anzupassen, sondern nur
35 mehr den Zubau zuzulassen, den die Netze gerade noch aushalten; oder die Umlage
36 festzuschreiben und den Mehrbedarf über einen Kapitalanlagefonds zu finanzieren;
37 generell sollen künftig Ökostromproduzenten ab einer gewissen Größenordnung
38 durch die Verpflichtung zur aufwendigen Selbstvermarktung ihrer Energie und wei-

1 ter sinkende Einspeisevergütungen abgeschreckt (t-online.de, 17.1.14) werden, usw.
2 usf.

3 Klar bei all dem ist nur eines: Die Kostenentwicklung bei der Förderung muss abge-
4 bremsst werden. Durch den in der Regierungserklärung angekündigten Übergang von
5 der Förderung der erneuerbaren Energien durch die Umweltpolitik zu mehr Konkur-
6 renz aller Beteiligten auf dem Gesamtenergiemarkt soll die ganze Chose vorankom-
7 men und zugleich irgendwie billiger werden.

8 Natürlich haben die geschäftlich Beteiligten vom **staatlichen Management der**
9 **freien Konkurrenz** unterschiedliche Vorstellungen. Die großen Versorger hielten
10 es z.B. für marktwirtschaftlich extrem gerecht,^[7] wenn man ihnen auf einem mit
11 Staatsgeld gespeisten Kapazitätsmarkt nicht nur den Gewinn ihrer unrentablen Gas-
12 kraftwerke sicherstellte, die sie als Reserve für schwankende Stromaufkommen aus
13 den erneuerbaren Stromquellen vorhalten sollen und manchmal we-
14 gen Systemrelevanz nicht schließen dürfen, sondern gleich den ganzen heutigen Be-
15 stand von fossilen Kraftwerken, weil im Hinblick auf den laufenden Atomausstieg nur
16 so wirkliche Versorgungssicherheit zu erreichen sei.^[8] Der Chefregulierer Homann
17 von der Bundesnetzagentur kennt freilich seine Pappenheimer und sieht die Ge-
18 fahr, dass sich zu viele Unternehmen auf die Ersatzbank setzen; er schlägt stattdessen
19 eine Systemreserve vor, eine begrenzte Anzahl von Kraftwerken, die explizit nur zum
20 Einsatz kommen sollen, um kurzfristige Lücken beim Stromangebot abzude-
21 cken. (HB, 24./25./26.1.14)

22 Zu all dem stellen sich die politisch Verantwortlichen einerseits als ärgerliche oder
23 erfreuliche Bedingungen, die es erfolgreich zu bearbeiten gilt, die aber das Pro-
24 jekt nationale Energiewende nicht in Frage stellen, sondern die Bedeutung der Auf-
25 gabe unterstreichen und die Führungsfähigkeiten der politischen Leitung herausfor-
26 dern. Andererseits ist zu bemerken, dass Förderkosten von ca. 120 Mrd. Euro seit
27 2002 und von 23,5 Mrd. allein 2013 auch für eine Weltwirtschaftsmacht wie Deutsch-
28 land nicht einfach so weiter wachsen dürfen. So wird die Reform des Förderrechtes
29 zur Schlüsselaufgabe (Gabriel) der Regierung.

30 An diesem zukunftsorientierten Vorhaben ändert sich auch nichts Wesentliches,
31 wenn sich – wie im Fall der zu vorübergehender Weltmarktführung hochsubventio-
32 nierten deutschen *Solartechnikindustrie* – herausstellt, dass das Geschäft mit der
33 stromliefernden Hardware kein rein deutsches mehr ist und die schöne Vergütung
34 aus den Haushaltskassen deutscher Stromkunden dazu dient, chinesischen Billigher-
35 stellern ihre Produkte zu versilbern. Die haben mit der unschlagbaren Kombination
36 importierter deutscher und selbst entwickelter Produktionstechnik und chinesischem
37 Niedriglohn inzwischen einen Großteil der einst stolzen deutschen Photovoltaikin-
38 dustrie in die Insolvenz geschickt, aber eben auch auf diesem Weg den Zuwachs des

1 regenerativen Stromangebots auf dem deutschen Energiewendemarkt vergrößert.
2 Andere deutsche Unternehmen führen hingegen erfolgreich den von den deutschen
3 Energiewendern angestrebten Beweis der deutschen Schlagkraft auf dem Feld der
4 erneuerbaren Energien: Siemens wartet in der Vorweihnachtszeit mit Meldungen
5 über den Abschluss verschiedener Großaufträge über Hunderte von Off-Shore-
6 Windgeneratoren im schwierigen amerikanischen Schlüsselmarkt (Siemens) auf.

7 **III. Die Energiewende unter den Bedingungen** 8 **einer neuen Konkurrenzsituation: die USA auf dem** 9 **Weg zum Energie-Champion aller Klassen**

10 **Die fossile Energiewende der USA**

11 Dass Orders dieser Größenordnung aus den USA kommen, ist kein Zufall. Während
12 eine deutsche Umwelt-Staatssekretärin im November bei der Warschauer Klimakon-
13 ferenz verspricht, mit der Energiewende Deutschlands technologischen Vorsprung zu
14 sichern, und ein Rieseninteresseverzeichnet, wie das mit der Energiewende funktio-
15 niert (SZ. 21.11.13), hat in den USA eine *Wende auf dem Energie-*
16 *markt* stattgefunden, die die Geschäftsbedingungen des deutschen Vorhabens gründ-
17 lich verändert und die sich die Deutschen bei aller Spekulation auf internationale
18 Nachahmer und Mitmacher so jedenfalls nicht gewünscht haben. Die USA haben sich
19 von den deutsch angeführten europäischen Protagonisten des Klimaschutzes und der
20 deswegen dringend nötigen Energiewende hin zu erneuerbaren Energien nie für ver-
21 pflichtende Abkommen im Rahmen der UN vereinbarkeiten lassen. Sie haben sich lan-
22 ge einigermaßen ungerührt als Bremser internationaler Abkommen kritisieren las-
23 sen, die einem globalen Markt alternativer Energietechnik den Weg hätten bereiten
24 können. Stattdessen haben sie in aller Freiheit den diesbezüglichen eige-
25 nen *Bedarf* sortiert und seine Erfüllung mit den ihnen eigenen, einer Weltmacht ge-
26 mäßigen Mitteln auf den Weg gebracht.

27 Dieser Bedarf wurde schon im ersten Obama-Wahlkampf – 2008 schon eines der
28 zentralen Themen (HB online, 25.12.13) – ganz darin gesehen, die amerikanische
29 Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren. Amerika müsse unbedingt sicherer und weniger
30 abhängig von etwas (werden), was auf der anderen Seite der Welt passiert. Entspre-
31 chend fordert der Präsident, dass eine nachhaltige US-Wirtschaft angetrieben werden
32 sollte durch heimische und alternative Energiequellen, und gibt dabei gleich die Pa-
33 role aus, die USA seien selbstverständlich auch als global leader in clean energy zu
34 positionieren. (The Obama Administration's Blueprint for a Secure Energy Future,
35 30.3.11) ^[9]

36 **Eine Veränderung der globalen Geschäftsgrundlage**

1 In Erfüllung dieses profitträchtigen nationalen Auftrags sind die interessierten gro-
2 ßen Kapitalgesellschaften inzwischen ausgeschwärmt, um auf reichlich verfügbarem,
3 billigem Land von Texas bis Nord-Dakota mit neuer, schnell entwickelter Technik
4 früher nicht zugänglichen Brennstoff – Öl und Natural Gas (NG) – aus jeder lohnen-
5 den Schieferschicht zu pressen und einen wahren *Fracking-Boom* zu entfachen. Sie
6 bringen ihre *homegrown* Energiespender in solchen Massen auf den Markt, dass der,
7 obwohl das zunächst noch vorwiegend der amerikanische ist, auch global nicht mehr
8 ist, was er vor ein paar Jahren war: Nach Schätzungen der internationalen Energie-
9 agentur (IEA) dürften die USA schon 2015 und damit schon ein Jahr früher als er-
10 wartet zum größten Ölproduzenten der Welt aufsteigen – noch vor Russland und
11 Saudi-Arabien. (n-tv.de, 25.12.13) Für NG sind die Preise in den USA inzwischen
12 auf ein Drittel ihres Niveaus von Mitte 2008 gesunken und auf etwa ein Viertel des
13 Preises, der für Liquid Natural Gas (LNG) auf asiatischen Märkten bezahlt wird
14 (German Trade & Invest, gtai.de, 9.9.13). Das zieht ein heftiges Ringen um das noch
15 bestehende *Exportverbot* für NG nach sich – auch der Erdöl-Export aus den USA ist
16 zur Sicherstellung der nationalen Reserven seit den 70er Jahren verboten – zwischen
17 der US-Industrie, die sich den exklusiven Sondervorteil der gesunkenen Energiekos-
18 ten erhalten will, auf der einen Seite und den Förderfirmen auf der anderen, die eifrig
19 ehemalige Import-Terminals für LNG für den Export umbauen, weitere neue bauen
20 und Verflüssigungsanlagen und Transportschiffe anschaffen, welche die asiatische
21 Nachfrage ausnützen sollen. Sie bombardieren die US-Regierung mit Exportanträ-
22 gen, die schon fast die Hälfte der Gesamtproduktion umfassen, aber derzeit von Re-
23 gierungsseite noch zögerlich bearbeitet werden (gtai.de, ebd.). Noch bevor 2013 über
24 mehr als drei davon entschieden ist, lässt der amerikanische Gasrausch ... jetzt schon
25 die Preise in Europa sinken. (zeit.de, 07/2013) Katarisches LNG, das für die USA be-
26 stimmt war, wird jetzt zum halben Preis von Gazprom-Pipeline-Gas in Europa losge-
27 schlagen und der russische Gigant muss Preisnachlässe in Milliardenhöhe allein in
28 einem eigentlich über 20 bis 30 Jahre laufenden Vertrag mit EON gewäh-
29 ren. Russlands Gasexporte nach Europa und in die Türkei gehen in 2012 um über 8 %
30 zurück, Gazproms North-Stream-Pipeline durch die Ostsee ist derzeit nur zu 30 bis
31 40 % ausgelastet, und ob die South-Stream-Röhre nach Südeuropa überhaupt noch
32 wirtschaftlich sein könne, ist fraglich. (zeit.de, ebd.)

33 Die *internationale Geschäftsgrundlage* der deutschen Energiewende, die auf einer
34 stabilen Tendenz zu Verknappung und Verteuerung fossiler Energieträger sowie auf
35 der politischen Unsicherheit laufender Zulieferung aus Ölförderländern basierte, hat
36 sich damit weitgehend in Gas aufgelöst. Der wichtigste Verbrauchermarkt, die USA,
37 versorgt sich plötzlich überwiegend selbst, wird sogar zu einer Quelle zusätzlichen
38 Angebotes für alte Energieträger und wirft damit die Verknappungsspekulationen
39 über den Haufen, die gestern noch Kalkulationsgrundlage waren. Und die USA regen

1 mit ihrem Beispiel und den Mitteln ihrer entwickelten Technik weltweit Nationen
2 dazu an, den eigenen Untergrund mit immer noch weniger Rücksicht auf ökologische
3 Verluste zu durchlöchern und zu vergiften – nicht ohne Aussicht auf den Erfolg des
4 Bemühens, wie man hört, auch in Europa oder anderen Erdteilen die eine oder ande-
5 re Gas- oder Öl-Bonanza zu eröffnen.

6 Auch wenn einige Beobachter den Rückgang von Neuerschließungen in den USA
7 konstatieren, weil das Geschäft wegen der stark gefallen Preise auf dem US-
8 Inlandsmarkt nicht mehr richtig lohnend sei (z.B. SZ, 10.1.14), andere aus techni-
9 schen Gründen die Reserven für niedriger als früher geschätzt halten: Die US-
10 Energiebehörde EIA geht davon aus, dass die Schiefergasproduktion bis 2040 weiter
11 steigen wird (SZ, ebd.). Vom Standpunkt einer weltweiten Energiewende nach deut-
12 scher Rechnung ist damit jedenfalls erst einmal eine störende Veränderung der glo-
13 balen Gas- und Ölversorgung eingetreten, nämlich eine Verschlechterung der Ge-
14 schäftsbedingungen für die von Deutschland erhoffte Entwicklung des Weltmarktes
15 für erneuerbare Energie. Mit einer Verknappung des Angebots an fossilen Energie-
16 trägern ist nicht zu rechnen. Dass NG ein vergleichsweise CO₂-armer Energieträger
17 und damit auch noch als nicht erneuerbarer Brennstoff klimaschonend ist, schwächt
18 zudem auch den diplomatischen Impetus in Richtung Energiewende, weil damit das
19 Argument, Klimaschutz und dafür erforderliche CO₂-Reduktion seien unausweichlich
20 gleichbedeutend mit einem Umstieg auf erneuerbare Energie, nicht mehr uneinge-
21 schränkt gilt: NG verdrängt ja bei der Stromerzeugung in den USA die
22 noch schmutzigere Kohle. Der US-Boom durchkreuzt mit seiner fossilen Energie-
23 Wende also Kalkulationen und Weltmarktansprüche der mit Amerika konkurrieren-
24 den Staaten, die wie Deutschland auf die Entwicklung und nationale Benutzung eines
25 internationalen und zunehmend dringenden Bedarfs für regenerative Energie setzen.

26 **Der Weltmarkt für die Erneuerbaren soll imperialistische Chef-** 27 **sache werden**

28 Daneben und zusätzlich werden die USA, wie von Obama in seinen Wahlkampagnen
29 und Regierungsprogrammen angekündigt, im Zug der Diversifizierung der US-
30 Energieversorgung beim *Aufbau eines Marktes für erneuerbare Energien* tätig, um
31 auch auf diesem wichtigen Zukunftsmarkt der industriellen technischen Herstellung
32 von Energie ein – selbstverständlich: führender – Anbieter zu werden. Mit sei-
33 ner Schiefergasrevolution und der Senkung der CO₂-Emissionen in ihrem Gefolge als
34 Gratisgabe verschafft sich Amerika eine sichere Versorgungsbasis, auf der alternative
35 regenerative Energieträger ohne Risiken für den Standort entwickelt werden und so-
36 gleich ihre Konkurrenzfähigkeit beweisen können. Und Washington verfügt zugleich
37 über *den klimapolitischen Stoff*, mit dem es in Zukunft an allen fossilen und regenera-

1 tiven Fronten eine neue, aggressive Klimapolitik verfolgen will: vorbildlich – und
2 deshalb fordernd gegenüber allen anderen – bei der klimaschonenden Verwendung
3 der alten Kohlenwasserstoffe; und technisch, geschäftlich wie moralisch vorwärts-
4 treibend bei der Entwicklung der erneuerbaren Energieträger.

5 Die Kapitelüberschrift der einschlägigen politischen Absichtserklärung lautet des-
6 wegen auch: Positioning America as the Global Leader in Clean Energy. Es soll zu-
7 nächst ein heimischer Markt für saubere Energie geschaffen werden – die beste Art,
8 Innovationen voranzubringen und neue Arbeitsplätze und Industrien im Energiebe-
9 reich zu schaffen, ist es, ein klares, ehrgeiziges und langfristiges politisches Ziel zu
10 setzen. Das Herzstück der Regierungsstrategie ist ein Clean Energy Standard (CES),
11 nach dem der Anteil an Elektrizität aus sauberen Energiequellen der verschiedensten
12 Art sich bis 2035 auf 80 % verdoppeln würde (Blueprint) – was nach amerikanischen
13 Vorstellungen von energetischer Sauberkeit eben auch die Gewinnung von saube-
14 rem Fracking-NG, die Nutzung von clean coal-Technologien mit CO₂-Abscheidung
15 und den Ersatz und Neubau von Atomkraftwerken einschließt. Wäre der heimische
16 Markt erst einmal geschaffen, dann bestünde gar kein Zweifel mehr, dass wir (damit)
17 den Erfindungsreichtum unserer Unternehmer entfesseln und sicherstellen würden,
18 dass Amerika bei sauberer Energie auf der Welt die Führung übernehme (ebd).

19 Von diesem Vorhaben verspricht sich auch Deutschland einiges: Das Ausbaupotential
20 ist riesig... Die alternativen Energien wachsen unter allen Energieträgern am
21 stärksten, fast die Hälfte aller 2012 neu ans Netz gegangenen Kraftwerke werden mit
22 Wind, Sonne oder Biomasse betrieben. (SZ, 24./25.12.13) Bei allen Drangsalen aus
23 Richtung der Fracking-Front stellt sich Amerikas Energiewende für die deutschen
24 Anbieter von Strom-Hardware mit Blick auf die günstigen Bedingungen alternativer
25 Stromerzeugung – billiges Land an Standorten mit unbegrenztem Zugriff auf Sonne
26 und Wind, mit großen Küstenstädten für eine direkte Off-Shore-Versorgung ohne
27 lange Übertragungswege usw. – als *gewaltige Geschäftsgelegenheit* dar, wie Siemens
28 mit seinem Windanlagen-Deal exemplarisch vorführt.

29 Die Ankündigung der US-Energiepolitiker, auch eigene, konkurrierende
30 Industrien im Energiebereich zu schaffen, stützt sich allerdings auf Voraussetzun-
31 gen, von denen die Deutschen nur träumen können: Während sie bei der Entwick-
32 lung des Geschäftszweiges am Standort mit Kosten und Versorgungssicherheit kämp-
33 fen, findet in den USA der Aufbau einer eigenen *Stromtechnik-Industrie* auf der Ba-
34 sis einer gesicherten nationalen Versorgung statt, ohne explodierende Förderkosten
35 für Staatskasse, Verbraucher oder Industrie, auf einem gewaltigen inneren Markt,
36 dessen Zugangsbedingungen in der Regulierungshoheit der Regierung liegen. Da
37 scheinen sich dann auch nicht zu knapp investitionswillige Kapitalisten zu finden, wie
38 die US-Regierung stolz vermeldet: In Übereinstimmung mit Industrie-Experten be-
39 anspruchten die USA tatsächlich im letzten Jahr den Titel des weltweit führenden

1 Investors in saubere Energietechnologien, noch vor Ländern wie China, Indien und
2 Deutschland. (Blueprint)

3 **Klimaschutz und Geschäft auf amerikanisch – natürlich unter-** 4 **wegs im Auftrag des Herrn**

5 Weil die USA die *Frage ihrer Energieversorgung* noch nie anders denn als ei-
6 ne *strategisch-imperialistische* verstanden haben, machen sie ihre Selbstpräsentati-
7 on als unvermeidlich kommender Weltmarktführer in *clean energy* auch unverblümt
8 als *politischen* Führungsanspruch im Dienste amerikanischen Geschäfts und zum
9 Besten der Welt geltend. Schließlich ist *ihnen*, ausweislich der *Inaugural*
10 *Address* vom Januar 2013, der Planet von Gott höchstselbst zur Fürsorge anempfoh-
11 len worden: Von ihren in der APEC versammelten pazifischen Handels- und Bünd-
12 nispartnern verlangen sie schon jetzt die Beseitigung von Zollschränken und Han-
13 delshemmnissen für Energietechnologien und die Streichung von Subventionen für
14 fossile Treibstoffe, schützen den eigenen Markt vor unfairen ausländischen Produkten
15 – insbesondere vor subventionierter chinesischer Solar- und Windtechnik – mit ei-
16 nem Interagency Trade Enforcement Center und versprechen dafür, die Welt in eine
17 Zukunft der sauberen Energie zu führen. (Blueprint)

18 Wo deutsche Klima-Politik seit Jahren versucht, auf allen diplomatischen Wegen
19 den Ausstoß von Treibhausgasen als politmoralische Todsünde gegen die Menschheit
20 und das Weltklima in Misskredit zu bringen, immer von allen durchschaut als Lobby-
21 ist seiner eigenen Energieversorgung und seiner Exportinteressen, da beruft sich
22 Amerika ganz offen auf amerikanische Arbeitsplätze, amerikanisches Wachstum und
23 die Selbstverständlichkeit amerikanischer Führung der zukünftigen, technisch be-
24 werkstelligten und selbstverständlich besseren Energieversorgung der Welt. Auf diese
25 Weise kündigen die USA an, die alten strategischen Abhängigkeiten und Risiken der
26 amerikanischen und globalen Energiebewirtschaftung langfristig aufheben zu wollen
27 – zu Lasten von unberechenbaren Arabern, undemokratischen Russen und finsternen
28 Lateinamerikanern –, um sie möglichst *umzudrehen* und endlich auch den Energie-
29 haushalt der Welt nicht nur für sich auszunutzen und mit überlegenem militärischen
30 Vernichtungspotential zu überwachen, sondern ihn gleich technisch und wirtschaft-
31 lich in die eigenen, also in die verlässlichen Hände der imperialistischen Supermacht
32 zu legen. Dafür wächst die jetzt selbst zum neuen Champion der alten Kohlenstoff-
33 Energieträger auf und setzt zugleich die größte Kapitalmacht der Welt dafür ein, auch
34 zur Führungsmacht auf dem Geschäftsfeld der technisch produzierten erneuerbaren
35 Energie zu werden. Dementsprechend stellt sich die Obama-Regierung jetzt auch
36 ehrgeizige Aufgaben auf dem Feld der weltumspannenden Klima-Diplomatie und des
37 einschlägigen Welthandels. Die zielen darauf, auf Grundlage der neuen, komfortablen

1 energietechnischen Lage der USA, jetzt auch mit ökologischen Forderungen interna-
2 tionale Maßstäbe zu setzen, die internationale Konkurrenz mit der Wucht der Welt-
3 macht in Richtung „clean energy“ zu drängen und so der für die Zukunft erhofften
4 amerikanischen Marktmacht zur Durchsetzung zu verhelfen:

5 – Nun wollen die USA ein neues internationales Abkommen zur Begrenzung der
6 Treibhausemissionen auf den Weg bringen, und zwar diesmal unter Einbezie-
7 hung auch großer Schwellenländer wie die VR China, Indien und Brasilien (Germany
8 Trade & Invest, 26.7.2013).

9 – Auch bilaterale Partnerschaften sollen ausgebaut werden, bei erneuerbaren
10 Energien, aber auch bei Energieeffizienz-, Erdgas- und Clean-coal-Technologien, so-
11 wie ausdrücklich auch bei der sicheren Nutzung von Kernkraft. (gtai, ebd.) Auch der
12 weltweite Export der in den USA so erfolgreichen Fracking-Technologie verspricht
13 ein Geschäft zu werden: China, auf gewaltigen Vorräten von Schiefergas sitzend, liegt
14 angeblich bei der Erschließungstechnik um 15 Entwicklungsjahre hinter den USA
15 zurück. (SZ, 3.2.2014) Überhaupt definiert Obamas Klimaplans wichtigstes handels-
16 politisches Ziel ... den Abschluss eines globalen Freihandelsabkommens für Umwelt-
17 güter und –dienstleistungen (gtai, ebd.)

18 **Die Zukunft der deutschen Energiewende: Rückzug kommt nicht** 19 **in Frage, die Lage ist nicht ernst, nur anders**

20 Was bei alledem aus den Energiewende-Plänen der deutschen wirtschaftlich-
21 technischen Weltmacht wird, die bloß militärisch-diplomatische Mittelmacht ist, die
22 sich weder mit den Chinesen wegen ihrer technischen Dumping-Produkte anlegen
23 will noch ihre EU zu einer einheitlichen Position in CO₂-Fragen bewegen kann, ist
24 offen. Angesichts der vor allem amerikanisch verursachten Gefährdung der Ge-
25 schäftsgrundlage in Sachen deutscher Weltmarkt-Eroberung und angesichts der un-
26 verkennbaren Bestrebungen der USA, sich nunmehr selbst führend um Ausbau und
27 Ausnutzung jenes Energietechnik-Weltmarktes zu kümmern, den sich Deutschland
28 als Kampffeld seines sieggewohnten Exportkapitals eigentlich wünscht, kommt ein
29 Rückruf der Energiewende jedenfalls nicht in Frage: Auch wenn sich die Kosten- und
30 Erfolgsfrage heute anders darstellt als neulich, hat sich an der imperialistischen Not-
31 wendigkeit und den hochfliegenden globalen Erfolgsrechnungen der nationalen
32 Energiestrategen schließlich nichts geändert. Erst einmal muss jedenfalls die Kosten-
33 dynamik gebrochen werden, lautet der trockene Ratschlag der Unternehmensbera-
34 tung McKinsey auf mittlere Sicht (Die Welt, 9.1.14). Dann wird man weitersehen bei
35 den deutschen Pionieren des Klimaschutzes. Dass für einen potenten Mitmacher wie
36 Deutschland lukrative Geschäfte zu erobern sind, darauf hofft der neue Handelsbi-
37 lanzüberschuss-Weltmeister auch unter schwierigeren Umständen – allemal. Soll

1 doch künftig die US-Macht der Welt das Schmutzen austreiben, wenn sie es schafft –
2 Deutschland steht jedenfalls bereit, mit seinen sauberen Produkten made in Germa-
3 ny zu helfen, wo es nötig ist ...

4 [1]RWE hat zusammen mit den anderen Großen das Liberalisierungsprogramm der EU zu ei-
5 nem gewaltigen Expansionsprogramm genutzt – EON und RWE zusammengerechnet in der Höhe
6 von ca. 100 Mrd. Euro – (FAZ, 12.4.13) – und ist mit Kraftwerken und Leitungsnetzen in ganz
7 Mittel- und Westeuropa, in Südosteuropa und der Türkei vertreten, mit Upstream Gas und
8 Öl (RWE-Webseite) auch in ganz Nordafrika; EON ist zudem in Italien, Spanien, Frankreich, Russ-
9 land und Brasilien engagiert und betreibt gemeinsam mit Gazprom die North-Stream Gas-Pipeline.

10 [2]Das Ergebnis dieser „Entflechtung“ im Geiste der Liberalisierung sind in Deutschland wiederum
11 vier große überregionale Netzbetreiber, die beim Gebrauch ihres „natürlichen Monopols“ von einer
12 eigenen aufsichtsführenden Bundesnetzagentur überwacht werden, ob sie bei der gebührenpflichti-
13 gen Verteilung netzgebundener Energien keinen Produzenten benachteiligen.

14 [3]Strom aus Österreich, Frankreich und Deutschland wird in Leipzig gehandelt (seit 2002), der aus
15 fünf skandinavischen Ländern an der Börse Nord Pool in Oslo; Spanien, Portugal, Tschechien und
16 die Slowakei haben eine eigene Börse, ebenso Ungarn, Italien und Slowenien. Großbritannien und
17 Irland handeln national. Eine einheitliche europäische Strombörse soll evtl. bis 2015 entstehen.
18 (FAZ, 25.9.13; Wikipedia, „Strombörse“)

19 [4]Von zahlreichen geplanten Off-Shore-Windparks sind Anfang 2014 vier in Betrieb und acht
20 weitere in Nord- und Ostsee im Bau. (SZ, 31.1.14) Die genannten Risiken der Betreiber werden
21 denen inzwischen auch über die EEG-Umlage abgenommen.

22 [5]Die beschwerten sich zwar trotz wachsender Belastung vorerst noch gar nicht groß – das erledigen
23 sorgenvolle Journalisten für sie –, sondern zahlen ihren Strompreis, sparen woanders und
24 schrauben sich, wenn sie es sich leisten können, weiterhin trotz verringerter Vergütungen Solarzel-
25 len aufs Dach, wenn auch nur mehr halb so viele wie in den vergangenen Jahren. Das allerdings
26 immer öfter für den Eigenstromverbrauch, um so den „explodierenden“ Stromkosten ein Schnipp-
27 chen zu schlagen ...

28 [6]In Zukunft sollen nur noch 15 Industriezweige begünstigt werden. „Eisen-, Stahl-, Aluminium-,
29 Papier- und Chemieindustrie fallen darunter. Andere Branchen, wie Zement- und Nahrungsmittel-
30 industrie oder Schienenbetriebe, sollen nicht mehr begünstigt werden... Die begünstigte Strom-
31 menge würde drastisch reduziert ... EEG-Umlage könnte allein dadurch um 20 Prozent fallen ...
32 wichtige Industrie bliebe trotzdem geschützt.“ (Der Spiegel, 5/2014)

33 [7]Stellvertretend RWE-Chef Terium: Die Feuerwehr wird schließlich auch für ihre Einsatzbereit-
34 schaft bezahlt und nicht für das Löschwasser. (welt.de, 21.9.2013)

35 [8]Dafür bekommt die Lobby argumentative Unterstützung von einer „Denkfabrik“, deren Chef
36 zwischenzeitlich Gabriels Staatssekretär geworden ist: ... auch bei steigendem Anteil von erneuer-
37 baren Energien wird man eine ähnlich große Anzahl von fossilen Kraftwerken wie heute benötigen
38 ... Die Frage der Ersatzkapazitäten (hat) in Deutschland besondere Relevanz, da im Zeitraum von

1 2015 bis 2022 durch den Atomausstieg Kernkraftwerkskapazitäten in Höhe von zwölf Gigawatt
2 (GW) wegfallen werden. (Agora Energiewende, Juni 2013)

3 [9]Ihre geschäftlichen und klimapolitischen Absichten werden in Obamas Antrittsrede vom Januar
4 2013 noch einmal bestätigt, dem Anlass angemessen in ideologisch höhergelegter, aber unmissver-
5 ständlicher National-Prosa: The path towards sustainable energy sources will be long and some-
6 times difficult. But America cannot resist this transition: we must lead it. We cannot cede to other
7 nations the technology that will power new jobs and new industries, we must claim it's promise.
8 That's how we will maintain our economic vitality and our national treasure – our forests and wa-
9 terways, our croplands and snow-capped peaks. That is how we will preserve our planet, comman-
10 ded to our care by God. That's what will lend meaning to the creed our fathers once declared.
11